



Dr. Helmuth Schweitzer

Ohne Dialog geht gar nichts – Zum Umgang mit der (Wieder-)Einwanderung von Armen vor unseren Türen



Als lebensweltlich konkreter Ausgangspunkt für meinen historisch angereicherten migrationswissenschaftlichen Blick auf das Thema dienen meine persönlichen Erfahrungen als Duisburger Bürger. Ich beginne mit meinen Beobachtungen und Gesprächen, die ich als Bewohner des Stadtteils Duisburg-Neumühl mit den Anwohnern geführt habe: Am 9.11.2013, dem Gedenktag zur Reichspogromnacht, brüllten in Duisburg-Neumühl, einer SPD-Hochburg, ca. 30 aus Köln zugereiste deutsche Bürger der zu den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen kandidierenden Pro NRW-Partei zum zweiten Male vor dem leerstehenden Gebäude des ehemaligen St. Barbara-Hospitals „Kein Asyl in Neumühl“. Im August war das Gerücht in der Presse verbreitet worden, dort würden 500 Roma untergebracht.

Dieser von den Anwohnern mit klammheimlicher Freude begleitete Protest richtete sich konkret gegen eine in ihrer unmittelbarer Nachbarschaft befürchtete Unterbringung von – wie sie mir mitteilten – „Roma-Asylanten“ aus dem medial inszenierten „Skandalhaus“ auf der anderen Rheinseite im Duisburger Ortsteil Rheinhausen, obwohl die damals ca. 400 in diesem Wohnkomplex gemeldeten Roma in Wirklichkeit aus dem EU-Land Rumänien stammen. Die mit einem Bus angeordneten mobilen Kader von pro NRW waren dort beim ersten Mal Mitte September kurz vor den Bundestagswahlen unter starkem Polizeischutz aufgetaucht und wurden vom Beifall der Anwohner getragen – unter ihnen auch hier groß gewordene, inzwischen erwachsene Enkel von italienischen Migranten aus der ersten Gastarbeitergeneration. Als pro NRW die Anwohner im Fackelschein erfolgreich dazu animierte, doch selbst ans Mikrofon zu gehen und ihre Angst vor den „Roma-Asylanten“ auszudrücken, gehörte ich zusammen mit zwei meiner Mitbewohner aus unserer Hausgemeinschaft und einem Häuflein von 15 Antifa-Aktivisten noch zu einer verschwindenden Minderheit von Gegendemonstranten hinter den Absperrgittern.

Die lokalen SPD-Mandatsträger aus dem Stadtrat, dem Landtag und dem Bundestag hatten nach einer Stippvisite und kurzem Austausch mit Vertretern der Lokalpresse sichtlich geschockt die gespenstische Kulisse wieder verlassen. Wir wurden von den Spalier stehenden, emotional aufgeheizten Anwohnern verbal aggressiv so heftig angegriffen, dass wir unter Polizeischutz auf die andere Straßenseite ausweichen mussten. Erst zwei Monate später – während der zweiten Willkommenskundgebung, ist es mir gelungen, in persönlichen Kontakt mit diesen Anwohnern – nach eigenen Aussagen bis

vor fünfzehn Jahren noch SPD-Stammwähler – ins Gespräch über die Beweggründe ihrer Unterstützung von pro NRW zu kommen: „Warum habt ihr das Krankenhaus immer noch nicht angezündet?“, frozelte Mario, der lokale Scharfmacher, während der Demonstration seinen Nachbarn entgegen. Einer von ihnen berichtete von einem bulgarischen Arbeitskollegen, der es bedauere, dass die Deutschen den Roma nicht vor 70 Jahren völlig den Garaus gemacht hätten.

Wie ist diese historisch aufgeladene lokale und (inter)nationale Gemengelage des aktuellen Diskurses über Roma einzuordnen?

Fachkräfte aus Bulgarien und Rumänien finden hier einen Job, wenn auch oft zu relativ niedrigem Lohn und prekären Beschäftigungsbedingungen. Offensichtlich nicht willkommen sind jedoch die noch nicht den Anforderungen der modernen Arbeitsgesellschaft entsprechenden Roma. Ob sie nun aus den EU-Beitrittskandidaten Serbien und Mazedonien kommen – ohne Chance auf Asyl – oder als EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien im Rahmen der (seit 1.1.14 umfassend geltenden) Arbeitnehmerfreizügigkeit einreisen, um hier eine Arbeit zu finden: In beiden Fällen entfliehen sie den prekären Lebensbedingungen in ihren Herkunftsländern, in denen sie als konstruierte Gruppe z.T. ethnisch bzw. rassistisch verfolgt und/oder sozial diskriminiert werden (Scherr 2013) und hoffen im wohlhabenden Deutschland auf eine bessere Zukunft für sich und ihre bildungshungrigen Kinder (Zander 2013). Ihre – bislang sehr begrenzte und seit dem 1. Januar 2014 entgegen allen politisch geschürten und medial verstärkten Ängsten



nicht gestiegene – Auswanderung aus Südosteuropa kommt den dortigen Regierungen und den sie stützenden Wählergruppen entgegen. Trotz ihrer inneren Differenzierung sind Roma inzwischen Teil der politischen und finanziellen „Verhandlungsmasse“ innerhalb der EU-Gremien sowie mit den EU-Beitrittskandidaten (Ruiz Torres 2013).

Zwar sind 90% der ca. 20.000 Asylantragsteller aus Serbien und Mazedonien zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 30. September 2013 nach Angaben des Bundes (www.bamf.de) Roma. Sie reisen nach regelmäßiger Ablehnung ihres Asylantrags meist freiwillig aus, um später einen Folgeantrag stellen zu können. Aber wie viele unter den im gleichen Zeitraum netto zugewanderten ca. 70.000 EU-Staatsangehörigen aus Bulgarien und Rumänien keinen Arbeitnehmer- oder Studentenstatus haben, sondern als gleichberechtigte Roma-EU-Bürger vom deutschen Staat nur Kindergeld, aber keine Hartz-IV-Leistungen erhalten, weiß niemand genau. Wenn wir von „Armutmigration aus Südosteuropa“ reden, schließen wir offenbar bestimmte Personengruppen aus.

Erstens: Wir meinen *nicht die qualifizierten* Arbeitskräfte aus den östlichen bzw. südöstlichen Staaten der erweiterten EU (Polen, Litauen, Lettland, Estland, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien sowie seit 2007 Bulgarien und Rumänien), die hier seit dem Beitritt ihres Herkunftsstaates in die EU als selbstständige Gewerbetreibende tätig sein können oder nach einer Übergangsfrist von einigen Jahren mit uneingeschränktem Zugang zum Arbeitsmarkt und damit verbundenen sozialen und politischen Rechten (mit Anspruch auf SGB-II-Leistungen und Kommunalem Wahlrecht), als Saisonarbeiter und Werkvertragsarbeitnehmer oder Leiharbeiter häufig zeitlich befristet in der Landwirtschaft, Agrarindustrie, der Gastronomie unter prekären Bedingungen zu Billiglöhnen, im Gesundheitssektor in der Regel tariflich besser bezahlt beschäftigt sind, dennoch einen beträchtlichen Teil ihres schwer erarbeiteten Lohns an ihre Familie im Herkunftsland überweisen und Anspruch auf Sozialleistungen für EU-Bürger in Deutschland haben.

Zweitens: Wir meinen auch *nicht die Roma*, die schon vor 45 Jahren als Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen und teilweise schon assimiliert waren.

Drittens: Im aktuellen politischen und medialen Diskurs interessieren offenbar ebenso wenig *die Roma*, die als Bürgerkriegsflüchtlinge aus Albanien und dem Kosovo Ende der neunziger nach Deutschland gelangten und seit einigen Jahren mit ihren hier geborenen bzw. aufgewachsenen, meist hier verwurzelten Kindern auf der Grundlage von Rückführungsabkommen des Bundes mit den angeblich sicheren Herkunftsstaaten und EU-Beitrittskandidaten systematisch abgeschoben werden.

Viertens: Es ist jedoch in Fachkreisen unstrittig, dass die von der großen Koalition beschlossene Verschärfung des Asylrechts gezielt gegen Roma gerichtet ist, die als Asylbewerber aus den (zukünftig als „sichere Drittstaaten“ deklarierten)

Ländern Serbien/Montenegro und Mazedonien geflüchtet sind, heute in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, bis sie nach Ablehnung ihres Asylantrags (in 85 bis 90% der Fälle) freiwillig ausreisen, um später – wenn sie daran nicht gehindert werden – wieder legal einreisen und einen Asylfolgeantrag stellen zu können.

Fünftens: Im Fokus stehen auch die Roma-Flüchtlinge, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde, aber hier noch Anspruch auf verminderte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben. Diese Flüchtlinge wurden zwar bereits aus Deutschland von den hiesigen Behörden „ausgewiesen“, aber noch nicht abgeschoben und werden deshalb mit dem Status eines nicht rechtmäßigen Aufenthalts bis zur Vollzug der Abschiebung hier „geduldet“.

Sechstens: Die öffentliche Diskussion in Deutschland – und in diesem Heft – konzentriert sich auf die Herausforderung eines bereits heterogenen, von massiver sozialer Ungleichheit gezeichneten nationalen Wohlfahrtsstaates bzw. der europäischen (Sozial-)Union durch insgesamt wahrscheinlich wenige 10.000 extrem einkommensarme Bürgern aus Rumänien und Bulgarien, die dort als Roma sozial und ethnisch diskriminiert werden (Mappes-Niedeck 2012, 2014) und ihren prekären Lebensbedingungen in Slums am Rande einiger Städte aus diesen beiden Ländern entfliehen. Doch diese – gemessen an 80 Millionen Einwohnern in Deutschland – kleine Gruppe „der Roma“ existiert nur als Konstruktion in unseren Köpfen. Die so (sich selbst und durch andere) bezeichnenden Menschen unterscheiden sich – wie andere Migranten und Nicht-Migranten auch – je nach Alter, Geschlecht, Erstsprache, (Aus)Bildung, Berufserfahrung, Einkommen, sozialem Milieu, Einreisezeitpunkt, Aufenthaltsdauer, eigener Identitätskonstruktion, Religionsausübung (in diesem Falle rumänisch-orthodox, bei der Pfingstgemeinden bzw. als Muslime engagiert oder gar nicht mehr religiös orientiert) und Staatsangehörigkeit(en). Hinzu kommen unterschiedliche Traditionen und ihre individuellen biografischen Erfahrungen mit Formen formaler, schriftsprachlicher (Aus)Bildung bzw. bezahlter Arbeit.

Kultur der Armut vor der eigenen Haustür

Die Aufregung der Einheimischen über „die Roma“ entzündet sich hauptsächlich an Fremdheitserfahrungen in der ungewohnten Konfrontation mit der im deutschen Wohlfahrtsstaat bereits überwundenen geglaubten „Kultur der Armut“ vor der eigenen Haustür und im öffentlichen Raum: am Informationsmangel über die Müllabfuhr, über Rechte und Pflichten als (Ver-)Mieter, an Bettel in den Konsummeilen der Großstädte, am Krach der Kinder und „herumhängender“ Jugendlicher im Sommer und vor überfüllten Wohnungen. Seit der Deutsche Städtetag im Februar 2013 die Öffentlichkeit alarmierte (www.staedtetag.de), werden durch die Medien zusätzlich Ängste geschürt, z.B. wenn von strafunmündigen Kindern Geld oder Schmuck an der Haustür, auf der Straße oder am



Bankautomaten abgegriffen und die Beute an erwachsene kriminelle Hintermänner abgeliefert wird.

Wirklich betroffen sind hier nur wenige Viertel in einigen Großstädten mit einer für türkischsprachige Roma nützlichen Infrastruktur, in der man notfalls auch ohne reguläres Beschäftigungsverhältnis überleben kann. Als räumlicher Anknüpfungspunkt wirken vor allem Schrottimmobiliendubioser Besitzer, die ihre Bruchbuden als Meldeadresse und Matratzenlager an mittellose und kinderreiche Roma-Familien vermieten.¹ Provokativ formuliert: Es gibt im Vergleich zu den von anderen „systemrelevanten“ Gruppen in Europa verursachten Steuerungsproblemen des Staates, die sich gesteigerter politischer Aufmerksamkeit und vor allem finanzieller Zuwendung staatlicher Instanzen erfreuen, flächendeckend in Deutschland noch relativ wenige Roma, die die Problemlösungsroutinen der Kommunen und ihrer inzwischen heimisch gewordenen, sprachlich-kulturell vielfältigen Einwohnerschaft durcheinander bringen. Deshalb sind bislang aus Berlin oder Brüssel nur intern umverteilte Mittel aus bestehenden Unterstützungsprogrammen für die wenigen hauptsächlich betroffenen Kommunen organisiert worden.²



Abb. 1: „Schrottimobilitäten“ auch in den Herkunftsländern – hier in Rumänien (Foto: Kerstin Rietz)

Hinzu kommen Änderungen von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften im Bundesmeldegesetz und im Wohnungsgesetz NRW sowie die von der Großen Koalition aktuell geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen durch EU-Bürger und zu deren Freizügigkeitsbeschränkungen. Ob diese Maßnahmen rechtlich und praktisch die von ihren Initiatoren erhoffte Wirkung bei den jeweiligen

Adressaten (vor allem Roma) entfalten, ist keineswegs sicher. Auf europäischer und Bundesebene wird erwartet, dass die betroffenen Kommunen durch Umverteilung vorhandener Mittel und Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte letztlich selbst mit den lokalen Herausforderungen klarkommen. Wie lassen sich diese modernisierten politischen Strategien und aktualisierten Haltungen in der bereits hier heimisch gewordenen Bevölkerung gegenüber Roma migrationspolitisch und sozialwissenschaftlich einordnen?

Die „typisch deutsche“ Unterscheidung zwischen „Zuwanderung“ und „Einwanderung“

Die deutsche Sprache ist in ihren Bezeichnungen für die Wahrnehmung der Welt besonders differenziert: Der Unterschied zwischen dem Titel des Werkstattgesprächs „Armutsmigration aus Südosteuropa“³ und der in Politik und Öffentlichkeit verbreiteten Rede von „Armutszuwanderung aus Südosteuropa“ erscheint auf den ersten Blick marginal. Wir haben uns spätestens seit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ zum 1. Januar 2005 daran gewöhnt, dass im offiziellen bzw. öffentlichen Sprachgebrauch in Deutschland der englischsprachige Fachbegriff „migrants“ und das davon abgeleitete Wort „immigrants“ für die fast 16 Mio. Einwohner, die heute laut Definition des Statistischen Bundesamtes als „Menschen mit Migrationshintergrund“ gelten, nicht mit dem Wort Einwanderer übersetzt, sondern dafür die Bezeichnung Zuwanderer benutzt wird.

Dies ist – als Beleg für die Kontinuität der deutschen Verwaltungssprache – ein Zeichen der Verdrängung des historischen Zusammenhangs der Wortschöpfung „Zuwanderung“ vor ca. 100 Jahren im Rahmen der ersten „Sarrazin-Debatte“: Schon damals machte es die dynamische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland erforderlich, den „Leutmangel“ in der Landwirtschaft, der Industrie und im Bereich persönlicher Dienstleistungen durch Anwerbung neuer, jedoch zeitlich begrenzt eingesetzter nichtdeutschsprachiger Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland abzumildern (Herbert 1986). Und schon damals ging es in der öffentlichen Diskussion um die Langzeitfolgen der beiden damit lebensweltlich verbundenen, aber nationalstaatlich nur begrenzt steuerbaren Wanderungsprozesse aus weniger kapitalistisch durchdrungenen und/oder nicht demokratisch regierten Regionen diesseits und jenseits der damaligen Ostgrenze des deutschen Kaiserreiches.

Es kamen relativ arme, bäuerlich geprägte, von den Einheimischen als „unzivilisiert“ betrachtete Menschen mit überwiegend polnischer Muttersprache. Diese anfänglich notwendigerweise noch nicht an die notwendigen Arbeitstugenden und bürgerlichen Umgangsformen gewöhnten Menschen

¹ Zur Situation in Duisburg-Hochfeld vgl. Beitrag von Franz Beuels und Thomas Rensing in diesem Heft sowie das Interview mit Vertretern einer Stadtteilinitiative und einer Roma-Vermittlerin über die Lebensbedingungen der Roma aus Bulgarien und Rumänien in Duisburg, über die Konflikte mit Nicht-Roma und über Voraussetzungen für eine positive gemeinsame Zukunft in Ajvazi/Pomp/Rensing/Schweitzer 2013

² Z.B. die jetzt beschlossene Wiederanhebung der einst von der schwarz-gelben Bundesregierung massiv gekürzten Städtebaufördermittel für Quartiersmanagement und auf Landesebene „ESF-kofinanzierte Vorhaben für Bürgerinnen und Bürger mit zum Zeitpunkt des Aufrufs bestehender eingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit in NRW“

³ Vgl. Beitrag von Jürgen Evert und Klaus Wermker in diesem Heft



machten sich auf ihrem Weg in die Moderne – wie alle Migranten auf der Welt – Hoffnungen auf den besseren Leben mit Hilfe der funktionierenden Netzwerke ihrer Großfamilien und dörflichen Gemeinschaftsbeziehungen. Die einen waren angeworbene ausländische Arbeitskräfte ohne Anspruch auf Einreise, Aufenthalt oder gar deutsche Staatsbürgerschaft mit den dazugehörigen bürgerlichen und sozialen Rechten. Die anderen hatten als Binnenwanderer aus den preußischen Ostprovinzen des deutschen Kaiserreiches das Recht auf Freizügigkeit mit gleichen Ansprüchen auf die zu dieser Zeit noch recht bescheidenden Leistungen des damals noch rudimentären und nicht europäisch sondern national konstituierten Sozialstaats.

Vor 100 Jahren wurden beide Migrantengruppen „Zuwanderer“ genannt, weil sie „dazu“ kamen und nicht als „Zugehörige“ betrachtet wurden. Ihr Aufenthalt als Arbeitskräfte war von den Arbeitgebern und vom Staat zunächst nur zeitlich begrenzt organisiert worden. Mit ihren fremden Lebensstilen und für Außenstehende nicht verständlichen Kommunikationsgewohnheiten untereinander trafen diese „Dazuwanderer“ auf angestammte einheimische Bevölkerungsgruppen, deren bisherige soziale Position und mühsam in Abgrenzung zu fremden Einflüssen entwickelte „deutsche Leitkultur“ von den rasanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in Frage gestellt wurde. Die damit entstehende Verunsicherung und Angst war vor allem unter staatstragenden adeligen (ostelbischen Großgrundbesitzern) und in (klein)bürgerlichen Schichten verbreitet. Die im „Alldeutschen Verband“ zusammengeschlossenen ideologischen Kämpfer für eine „deutsche Leitkultur“ warnten vor „volkstumpolitischen Gefahren“ durch „Zuwanderung von Fremden“ aus „niederen Schichten“:

Durch die bis heute in Politik und Medien kaum hinterfragte Verwendung der damaligen Wortschöpfung „Zuwanderung“ wird die – zunächst kategorial neutrale – wahrnehmungs- und sozialpsychologische Unterscheidung zwischen „Eigenen“ und „Nicht-Eigenen“ durch Ausgrenzung der „Anderen“ (in der Wissenschaft „othering“ genannt) sprachlich zementiert: Sie – die „Anderen“ – sind nicht Teil von *uns* sondern „dazu“ gekommen. Als „Dazuwanderer“ sind sie nicht Teil dieser Gesellschaft, sondern bleiben quasi wie das mitgeschleppte Beiboot eines großen Schiffes „außen vor“.

Während jedoch im deutschen Aufenthaltsrecht bislang der Begriff „Einwanderung“ nicht vorkommt, fällt auf, dass die heutigen populistischen Scharfmacher und Angstproduzenten mit Hilfe der davon profitierenden Medien vor einer „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ warnen. Diese wirklichkeitsfremde Wortwahl (SVR 2013) ist keineswegs zufällig. Sie nimmt die rechtspopulistische Agitation der europafeindlichen Parteien gegenüber den vom EU-Bürokratismus enttäuschten Wählern auf, indem für EU-Bürger die Inanspruchnahme demokratischer Errungenschaften (unbeschränkte Freizügigkeit)

und gleiche soziale Rechte in Frage gestellt wird. Damit werden alle Bemühungen torpediert, den international längst anerkannten Begriff „Einwanderung“ zur Beschreibung unserer globalisierten, aber dennoch nationalstaatlich organisierten Wirklichkeit in Europa *positiv* zu besetzen.

Angesichts der oben geschilderten Konfliktkonstellationen zwischen verschiedenen Bewohner-Milieus in einer bislang „Roma-freien“ Zone im Duisburger Norden habe ich große Probleme mit kosmopolitischen Intellektuellen, die sich als Individuen ohne lokale Verankerung oder gar Gemeinschaftsbindung verstehen. Sie können schlaue Analysen darüber schreiben, dass es – im Anschluss an den Soziologen Niklas Luhmann – in der funktional differenzierten (Welt-)Gesellschaft zu Konflikten zwischen den verschiedenen Funktionssystemen Wirtschaft – Politik- Verwaltung – Religion – Erziehung – Medien usw. kommen muss, die durch Dialog der Betroffenen nicht lösbar seien, weil diese aus ihren vorgegebenen Organisationskulturen eben *nicht* auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren. In diesem Sinne ist mein zweiter persönlicher Erfahrungsbereich zum Umgang mit Alltagskonflikten in einer milieuspezifisch vielschichtigen multikulturellen Nachbarschaft einzuordnen

Multikulturelle Nachbarschaftskonflikte in der Umgebung einer städtischen „Schrottimmoblie“

Vor 30 Jahren haben meine Lebenspartnerin und ich für unsere noch junge vierköpfige Kernfamilie zusammen mit zwei milieuspezifisch gleichgesinnten anderen jungen Paaren (wie wir jeweils mit zwei Kleinkindern) im Duisburger Stadtteil Neumühl ein 100 Jahre altes, 3½-stöckiges Haus mit dreimal 140 m² Wohnfläche und 500 m² Garten in einer Sackgasse – also in einer kinderfreundlichen Umgebung – zum Preis von 240.000 DM (80.000 DM pro Familie) gekauft. Warum war dies selbst für den Duisburger Norden damals so billig? Weil das Grundstück zum Zeitpunkt unseres Kaufes umgeben war von „Schlichtbauten“ der fünfziger Jahre und an eine ehemalige Obdachlosenunterkunft angrenzte. In diesem Baukomplex der städtischen Wohnungsbaugesellschaft waren sogenannte „nicht mietfähige“, arbeitslose, arme und kinderreiche Familien ursprünglich in drei Gebäuden mit je neun Wohnungen untergebracht. Nach dem Abriss des direkt bei uns angrenzenden Gebäudeteils entstand eine Wiese, die von unseren und den Nachbarskindern als Bolzplatz genutzt wurde.

Dabei entwickelten sich Freundschaften, gemeinsame Hobbys als Brieftaubenzüchter auf unserem Grundstück, aber bei uns Erwachsenen auch Ärger über zu laute Discomusik aus den Nachbarhäusern und andere interkulturelle Erfahrungen zwischen dem Nachwuchs aus gutsituierten, politisch-pädagogisch engagierten Akademikerhaushalten und bildungsungewohnten sozial benachteiligten Familien. Eines dieser



Nachbarskinder ging mit meinem Sohn in dieselbe Grundschulklasse und hat beim Spielen in unserer Wohnung dessen gut gefüllte Spardose mitgenommen. Einige Jahre später haben andere Kinder aus der Nachbarschaft sein Fahrrad geklaut. Beide Konflikte wurden ohne Jugendamt, Polizei oder Stadtteilmanagement friedlich gelöst. Erst fünfzehn Jahre später mussten wir die Polizei rufen, als sich in einer warmen Sommernacht nachts zum zwei Uhr ein junger Mann an den Fenstern unseres alten VW Passats zu schaffen machte. Ich ging raus und sprach ihn freundlich an. Er reagierte mit einem Fluch in russischer Sprache und lief weg. Ich lief ihm hinterher, holte ihn nach 500 Metern ein und konnte ihn der inzwischen eingetroffenen Polizei übergeben.



Abb. 2: Neue Bäume vor mit Stahlplatten verriegelter Schrottimobilie

Wenige Jahre nach unserem Einzug gelang es der Stadt, das Spielgelände nebenan zu verkaufen. Dort entstanden sieben Reihenhäuser mit Garagen und an unsere Wohnungen angrenzenden Minigärten. Die dort vor einigen Jahren an einem Fahnenmast gehisste Reichskriegsflagge ist durch eine ständig wehende Bayern-München-Fahne ersetzt worden, nachdem wir unseren (groß)deutschen Nachbarn mit deutlichen Worten auf das Verbot der ursprünglichen Beflaggung hingewiesen hatten. Mitte der neunziger Jahre zogen kurdisch-libanesische Flüchtlingsfamilien – u.a. Verwandte der Opfer des tödlichen Brandanschlages in Hünxe – in die übrig gebliebenen beiden Schlichtbauten ein. Deren häufig überfüllte und stinkende Mülltonnen sind ein gefundenes Fressen für die Ratten. Inzwischen haben einige der Migrantenfamilien bessere Wohnungen gefunden. Seit etwa fünf Jahren steht die Unterkunft zu zwei Dritteln leer, die Fenster und Eingänge sind mit Stahlplatten verrammelt (s. Abb. 2) – eine „Schrottimobilie“ in städtischem Besitz.

Auf der anderen Straßenseite stehen weitere Wohnungen aus den fünfziger Jahren leer. Der aktuelle Eigentümer – eine große Wohnungsverwertungsgesellschaft im Ruhrgebiet – hat sie zum Verkauf angeboten. Daneben – mit Blick auf das verbarrikadierte städtische Gebäude – haben vor fünfzehn Jahren vier deutsche Familien mit Kindern zu relativ günstigen Preisen zwei Doppelhaus-Eigenheime mit Garage bauen lassen. Heute

gehören zu jeder dieser Wohneinheiten mindestens drei PKW und ein großer Hund. Vor zwei Jahren haben diese Hausbesitzer in der Umgebung 580 Unterschriften für den Abriss der städtischen Schrottimobilie gesammelt und den Ortspolitikern übergeben. Bei uns waren die Initiatoren erst gar nicht. Sie haben wohl gehäht, dass wir nicht unterschreiben würden. Vordergründig soll die Schrottimobilie verschwinden, im Kern geht es darum, dass dessen übrig gebliebene Bewohner verschwinden sollen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft hat überraschend Anfang dieses Jahres drei Bäume als Sichtblende für die Nachbarschaft gepflanzt. Jetzt könnten die beiden Gebäude zu einer relativ kostengünstigen Unterkunft für anderswo vertriebene Roma-Familien werden.

Daneben – auf dem letzten kleinen freien Fleck in unserer Nachbarschaft – haben vor drei Jahren zwei junge moderne Paare aus Duisburg-Marxloh mit türkischem Migrationshintergrund damit begonnen, für sich und ihre Eltern ein ganz in Weiß strahlendes 4-Familien-Haus mit großflächiger Photovoltaik-Anlage auf dem Dach zu errichten. Diese freundlichen neuen Nachbarn haben vier große PKW der Komfortklasse und drei weitere, häufig laut bellende Hunde mitgebracht. Einer der beiden Familienväter hat uns zu ihrem Einzug eingeladen, nachdem wir sie während der immer wieder unterbrochenen dreijährigen Bauzeit angesprochen hatten. Das dreistöckige Gebäude wurde überwiegend in Eigenarbeit der Besitzer und ihres türkischen Freudenkreises gebaut – am Wochenende auch mal mit Unterstützung einiger türkisch sprechenden Roma aus Bulgarien. Einige deutschen Nachbarn gegenüber beschwerten sich in dieser Zeit unter der Hand nicht nur über den Bauschutt.



Abb. 3: Neue Nachbarn: hubraumstarke PKW

Jetzt parken in dieser einst kinderfreundlichen Nachbarschaft im Umkreis von 50 Metern zu beiden Seiten des Gehwegs ca. 30 Autos. Fünfzehn Hunde verbreiten ständig – insbesondere am Wochenende – in einer Kettenreaktion ruhestörenden Lärm und verrichten ihr Geschäft an den kleinen Grünflecken zwischen den Bäumen der Sackgasse, so dass ich als Jogger schon mehrmals in den Hundekot hineingetreten bin. Das ärgert mich. Warum berichte ich dies alles? Weil Müll, Ratten,



Lärm, Kot, Kleinkriminalität und neuerdings eine angebliche „Einwanderung“ von Armen aus Südosteuropa „in unsere Sozialsysteme“ die auf den ersten Blick scheinbar banalen Anknüpfungspunkte sind, die unterschiedliche Funktionssysteme unserer differenzierten modernen Gesellschaft alarmieren, wenn sie in bestimmten Wohngebieten gehäuft auftauchen. Wie unterscheiden sich unsere direkten Nachbarschaftserfahrungen neben einer städtischen Schrottimobilie in Duisburg-Neumühl von dem Ärger der kleinen Hausbesitzergruppe in der Nachbarschaft der Roma-Familien aus dem (bald schon ehemaligen) „Skandalhaus“ in Duisburg-Rheinhausen?

Dialogische Kommunikation und gemeinsame Praxis

Mit einem Teil dieser gegenwärtig vom privaten Vermieter weitgehend vertriebenen Roma haben meine Frau und ich in gemeinsamen Chorprojekten kreative interkulturelle Begegnungen erlebt (vgl. NRZ Duisburg vom 24.3.14). Die Unterschiede zu den Erfahrungen aus der Umgebung der städtischen Schrottimobilie in unserer Neumühler Nachbarschaft sind gradueller, nicht grundsätzlicher Natur. Sie betreffen vor allem die besonders harten Lebenserfahrungen, die die Roma aus Bulgarien und Rumänien auf der Suche nach einem glücklichen Leben in Deutschland mitschleppen. Doch für viele der am Aufbau und Fortbestand des Wohlfahrtsstaates in Deutschland Beteiligten ist es verständlicherweise irritierend, unfreiwillig mit der fremden „Kultur der Armut“ (Mappes-Niedeck 2014) *persönlich* – statt aus der Distanz im Fernsehen oder auf der Taxifahrt zur „Gated community“ in der vor den Einheimischen abgeschotteten Ferienanlage in Bulgarien – konfrontiert zu werden. Denn sie haben dafür keine der Situation angemessenen Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung – mit der Folge, dass der sogenannte „Nachbarschaftsfriede“ – und meist zugleich der Wert des Grundeigentums – bedroht sind.

Die Frage ist, was wir unter Bedingungen verstärkter Mobilität in der Weltgesellschaft und glücklicherweise inzwischen offenen Grenzen innerhalb der sich erweiternden EU tun können, um die Repräsentanten verschiedener sozialer Milieus mit einer neuen, für das Leben in der Stadt von Beginn an konstitutive „Gleich-Gültigkeit“ vertraut zu machen. Denn die multikulturell, d.h. nicht ethnisch sondern milieuspezifisch und sozial-räumlich heterogen strukturierten Städte waren und sind in funktional differenzierten modernen Gesellschaften immer schon Anziehungspunkt für arme und/oder diskriminierte randständige Menschen gewesen – auch für aus der vormodernen „Hinterwelt“⁴ kommende Roma. Das Aufeinanderprallen ihrer (Über-)Lebensstile mit den eingeschliffenen Verhaltensnormen der bereits ansässigen, aber u.U. noch nicht etablierten oder von Abstiegsängsten verunsicherten

Bewohnerschaft hat schon in früheren Zeiten häufig zu ungewohnten interkulturellen Kontakterfahrungen zwischen Angehörigen verschiedener lebensweltlicher Milieus geführt.

Deshalb gibt es – dies zeigen auch meine Erfahrungen als Mitarbeiter der Stadt Essen in anderen, strukturell vergleichbaren interkulturellen Wohnkonflikten – zu einem Dialog vor Ort mit allen Beteiligten – in der Kommune, in den Stadtvierteln am Wohnort oder auch innerhalb und zwischen verschiedenen Organisationskulturen der Verwaltung – keine Alternative, wenn das klassische Integrationsmedium – die gemeinsame Arbeit und die dadurch leichter (mit)geteilte Lebenswelterfahrung im gleichen Wohnquartier – nicht mehr funktioniert. Dies geht nur mit Hilfe qualifizierter Vermittlungspersonen, die unter Beweis stellen, dass sie das Vertrauen sowohl der Roma wie der deutschen Institutionen und Nachbarn gewinnen können (Ajvazi/Pomp/Rensing/ Schweitzer 2013, S. 56).

Dr. Helmuth Schweitzer

Kommunales Integrationszentrum, Fachbereich Interkulturelle Orientierung, Stadt Essen

Quellen:

Ajvazi, Elvira/Pomp, Thorsten/Rensing, Thomas/Schweitzer, Helmuth (2013): (Über-)Leben von und mit Roma in Duisburg. In: Sozial Extra, Heft 11/12, S. 45-56

Herbert, Ulrich (1986): Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland. 1880-1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter. Berlin; Bonn

Mappes-Niediek, Norbert (2012): Arme Roma, böse Zigeuner: Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt. Berlin

Mappes-Niediek, Norbert (2014): Der Geruch der Armut. In: taz – die tageszeitung vom 03.01.2014

Ruiz Torres, Guillermo (2013): Roma und die Politik der Europäischen Union. Armut und soziale Ausgrenzung durch Diskriminierung und Rassismus. In: DAMID, Heft 01-04 2013. Sonderheft Sinti und Roma, S. 42-50

Scherr, Albert (2013): Merkmale und Ursache des aktuellen Antiziganismus. In: Sozial Extra, Heft 11/12, S. 57- 59

SVR-Gutachten (2013): „Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland“. Berlin

Zander, Margherita (2013): „Ich kann über's Feuer springen!“ – ein Projekt zur Resilienzförderung mit Roma-Flüchtlingskindern. In: Sozial Extra, Heft 11/12, S. 41-44

⁴ Vgl. Beitrag von Michael Preis in diesem Heft